

Der Stich ins Wespennest

Reichstagskandidatur Koske / Chaos in der Sozialdemokratie

Konstrukte wurden abgebaut. Die notwendig zu verschärfende Kontrolle wurde dadurch selbstverständlich geringer, oder aber überhaupt nicht durchgeführt. Dadurch werden Gasexplosionen geradezu begünstigt.

Ein geradezu freudloses Spiel mit dem Leben der proletarischen Mieter ist die Unterbringung von Ammoniat-Ablagerungen in Arbeiterwohnhäusern. Hier besteht die Gefahr der Explosionen ständig. Nun wird noch darauf hingewiesen, daß die Mieter sich über den Ammoniatgeruch bei der Polizei beschwert haben. Diese hat aber, wie allgemein festgestellt wird, nichts gegen die Ablagerung des Ammoniaks in dem Hause unternommen.

Die beschuldigten Behörden werden natürlich alles versuchen, die Schuld von sich abzuwälzen. Es ist deshalb nicht mehr als eine Selbstverständlichkeit, die Durchführung der Untersuchung durch Vertreter der Arbeiter vorzunehmen zu lassen. Wir fordern eine solche Untersuchung durch Vertreter der Arbeiter.

Wie immer, wenn Arbeiter vorangekünder, hat der kapitalistische Staat kein Geld für die Verunglückten. Die amtliche Hilfe wurde sehr schlecht geleistet. Bisher sind für die Opfer nur 20.600 Mark bewilligt worden, eine Summe, die bei der Größe des Unglücks bei weitem nicht ausreicht.

Die Fraktion der Berliner Stadtverordneten der SPD wird sofort eine umfassende Hilfe verlangen. Sie fordert ausreichende materielle Unterstützung der Opfer, Bestattungskosten für die Toten und ausreichende Fürsorge für die Hinterbliebenen.

Die Liste der Opfer

Bisher wurden als Opfer des Unglücks festgestellt:

Tote: 1. Frau Boesch, 2. Paul Vietzsch, 3. und 4. Ehepaar Scheidhauer, die übrigen Toten waren noch nicht festgestellt.

Im Bewußtsein wurden festgestellt: Schwerverletzte: 1. Otto Pessing, 2. Elise Hoffmann, 3. August Vietzsch, 4. Oscar Vietzsch, 5. Hedwig Ruffin, 6. Käthe Ruffin, 7. Otto Boesch.

Lebensgefährlich verletzt ist die neunjährige Gerda Scheidhauer.

Schwerverletzte: Günther Stephan, Karl Böhm, Friedrich Hannemann, Erna Hannemann, Herbert Hannemann, Ruth Hoffmann, Friedrich Hädt.

Bericht eines Augenzeugen

Über den Eintritt der Katastrophe machte der in der zweiten Etage des Hauses Landsberger Allee 115 wohnende Kaufmann Abramowicz folgende Mitteilung:

„Ich kam nachts gegen 12 Uhr nach Hause und sah, daß in dem Restaurant von Scheidhauer noch Licht brannte, bemerkte aber keine Gäste mehr. Offenbar waren die Wirtleute eben dabei, das Geschäft zumachen und die Kasse, wie sie das immer zu tun pflegen, mit ins Schlafzimmer zu nehmen. Ich ging durch den Hausflur, der nicht nur an den Gasträum des Scheidhauers Restaurants, sondern auch an das Schlafzimmer der Eheleute und an die Küche grenzt, ohne daß mir irgend etwas Besonderes aufgefallen wäre.“

Ich jog mich aus und hatte mich gerade ins Bett gelegt, als plötzlich eine Detonation ausbrach.

Als ob das ganze Haus in die Luft flogen sollte. Im nächsten Moment prasselte ein Hagel von Scherben über mein Bett hin, denn die Scheiben aus dem Fenster waren in unzählige Stücke zerissen und durch das ganze Zimmer gestreut. Ein Bild, das über meinem Bett hing, stürzte auf mich herab und das Bett selbst wurde von der Wand weggerissen.

Ich stürzte so, wie ich bettelte war, aus meinem Zimmer heraus, um meiner fünfjährigen Mutter zu helfen, die nebenan schlief, und um nach meiner Wohnstube, in der Frau Kohn, zu sehen. Als ich auf den Korridor kam, hörte ich fürchterliche

Schreie und Hilferufe

aus dem ganzen Hause. Von unten her rief es: „Rettet euch, die Treppen stehen noch!“

Meine Mutter, meine Wirtin und ich stürzten, dürstig bedeidelt, auf den Hof. Auf der Treppe machte sich ein erschreckendes Durstgeruch bemerkbar und es roch ähnd nach Ammoniat. Als ich an dem Restaurant vorbeikam, herrschte dort tiefste Stille. Ein Blick in die Räume zeigte jedoch, daß dort alles durcheinandergeworfen, daß die Wände herausgerissen waren und überall Steine lagen. Hier schien Hilfe vergeblich. Wir, die wir unverletzt waren, wurden von freundlichen Menschen in der Nachbarschaft aufgenommen, wo wir bis heute morgen blieben.“

Der ungeheure Knall der Explosion alarmierte in der Nacht die ganze Umgebung. Die unverletzt gebliebenen Bewohner des Hauses flüchteten, größtenteils bedeidelt, auf die Straße. Es spielten sich dort herzerregende Szenen ab. Zahlreiche Frauen und Kinder, die Herrenschaften erlitten hatten, wurden von Rettungswagen ins Krankenhaus gebracht, das sie inzwischen zum Teil heute vormittag wieder verlassen konnten.

Kampf der Bürgerblockjustiz

Die bequemste und gefährlichste Waffe der kapitalistischen Gesellschaft ist die Justiz. Mit ihrer Hilfe entledigt man sich unliebsamer Agitatoren, durch sie bringt man Klassenkämpfer in Rot und Veracht, Arbeiter, die noch nicht fest sind in der revolutionären Anschauung, Schwankend zu machen. Es genügt den Verantwortlichen für die bürgerliche Ruhe und Ordnung nicht, eine Anzahl bekannter Revolutionäre hinter die Mauern zu bringen. Unabhängig finden sie, um neue Arten zu finden, die revolutionäre Bewegung zu schlagen.

Um die Arbeiter zu schrecken, um sie von Lohnbewegungen, die heute, als breite Klassenbewegung geführt, starke politische Bedeutung haben, abzuhaken, werden Urteile gefällt gegen Teilnehmer an Streiks, gegen Gewerkschafter. Durch hohe Geldstrafen soll den Arbeitern der Mut zum Kampf genommen werden. Wenn diese Praxis größeren Umfang annimmt, werden wir erleben, daß die Reformisten sich bei ihrer Sabotage der Arbeitskämpfe stets auf die Staatsgewalt berufen. Löwe, der sich „links“ gebührende Reichstagspräsident, sprach offen aus: „Sehe ich in Rechtsstaat, müssen respektiert werden.“ Für ihn ist die deutsche Republik, die in Wahrheit ein Unterdrückungswerkzeug gegen die Arbeiterschaft darstellt, ein „Rechtsstaat“. Das Proletariat muß solchen Worten und dergleichen Vorgängen schärfste Aufmerksamkeit zuwenden. Es genügt nicht, sich laßbarlich zu zeigen mit den verurteilten Klassenkämpfern. Wir müssen eine breite Front geschmiebt werden gegen die Klassenjustiz. In den Gewerkschaftsversammlungen muß über die Fälle von Streikunterdrückung diskutiert werden. Dem letzten Arbeiter gilt es klarzumachen, daß auch er bestraft ist, wenn gleich er vielleicht gar nicht politisch aktiv ist. Der in der letzten Zeit besonders scharfe Terror gegen den roten Frontkämpferbund muß Anlaß sein, daß alle Kameraden

sich in höherem Maße als bisher zur Verfügung stellen, wenn es gilt, die Bürgerblockjustiz zu bekämpfen. Jeder Tag bietet dazu neue Gelegenheiten.

Die kommenden Wählkämpfe werden als Diskussionsobjekt nicht zuletzt das neue Strafgesetzbuch haben. Dieses Werk bedeutet eine Verschlimmerung der jetzt schon beschleunigten Unterdrückung der Arbeiterklasse. Wer davon die Augen schließt, wer aus Anachasigkeit verfehlt, sich zu unterrichten, damit er sich an dem notwendigen Kampfe beteiligen kann, handelt unverantwortlich gegenüber der proletarischen Klasse.

Am kommenden Dienstag, den 10. Januar, 19.30 Uhr, veranstaltet die rote Hilfe im Saale des

Bürgergarten, Preußen-Löbtau,

eine öffentliche Versammlung, in der jedem Arbeiter die Gelegenheit geboten wird, sich über die oben angeführten Fragen zu informieren. Hierzu muß jeder erscheinen, um sich Rat zu holen für die tägliche Arbeit im Betrieb. Gleichzeitig ist diese Versammlung eine

Solidaritätstodunggebung für den Genossen Henjel,

der wegen „Zerlegungsarbeit unter der Reichswehr“ zu 1 Jahr 3 Monaten Festung verurteilt wurde. Der Genosse

Rechtsanwalt Dr. Koss Helm, Verteidiger Henjels,

wird sprechen.

Die Arbeiterschaft von Löbtau und Naumburg insbesondere muß durch diesen Bescheid zeigen, daß sie sich solidarisch fühlt mit dem verurteilten Genossen, und daß sie wilens ist, einen organisierten Kampf gegen den Bürgerblock mit seinen Vorhaken gegen die Arbeiterschaft zu führen.

Es wäre eine Tragikomödie, wenn es sich nicht um den Blut- und Rasse handelte. Das Durcheinander in der sozialdemokratischen Presse, das unsere Meldung von der Reichstagskandidatur Koskes hervorgerufen hat, ist unbeschreiblich. Ein Teil der sozialdemokratischen Presse hält sich noch immer in Todes-schweigen. An seiner Spitze der Vorwärts. Es ist fast ungläubhaft. Die bürgerliche Presse distanziert die Kandidatur Koskes, selbst die Nachrichtenagentur der Bürgerblockregierung, das Wolffsche Bureau, fühlt sich veranlaßt, in die Diskussion einzugreifen — das sozialdemokratische Zentralorgan aber veröffentlicht nicht einmal die durch den offiziellen sozialdemokratischen Pressedienst vom Parteivorstand lancierten Mitteilungen. Wie stark muß die Empörung der sozialdemokratischen Arbeitermassen sein, daß selbst ein so falschnüchziger Verräter wie Stamper es nicht wagt, den Mitgliedern seiner Partei auch nur die diplomatisch verlogenen Fieberwörter des Parteivorstandes vorzulesen.

Aber ein Teil der sozialdemokratischen Presse hat Stellung genommen. Und das ist noch kläglicher als das Schweigen Stamper. Es ist, als ob Schulungen stammten, die vom Lehrer bei einem bösen Streich ertappt wurden. Wir greifen aus der sozialdemokratischen Presse bloß vier Zeitungen heraus, zwei „linke“ und zwei „rechte“, die Leipziger Volkszeitung und die Chemnitzer Volksstimme, die Rheinische Zeitung und das Hamburger Echo. Die erste Frage, die sie alle bewegt und um deren Beantwortung sie sich winden wie getretene Regenwürmer: Wer betreibt eigentlich die Kandidatur Koskes? Und jede schreibt das Gegenteil der anderen.

Hamburger Echo: „...Die übergroße Mehrheit der Hamburger Bevölkerung hat den Schwandel der Hamburger Volkszeitung längst erkannt. ... Es ist auch schlimm: Da weiß niemand an parteiamtlicher oder parteioffizieller Seite etwas davon, daß der ehemalige Reichswehrminister und jetzige Oberpräsident Koske irgendwo für den Reichstag kandidiert. Es liegt keine Meldung aus seinem Wahlkreis vor, aus der auch nur die Absicht zu erkennen wäre, den ehemaligen Reichswehrminister als Reichstagskandidat aufzustellen.“

Chemnitzer Volksstimme: „Am es gleich vormag zu sagen: Wahr daran ist, daß der scheinbar von allem Tagelsgeld verlassene Koske eine Kandidatur anstrebt. Falsch ist, daß irgendeine sozialdemokratische Körperschaft, vom Ortsgruppenvorstand bis zum Parteivorstand, zu dieser Frage Stellung genommen hätte.“

Rheinische Zeitung: „Wir wissen demgegenüber, daß zahlreiche Sozialdemokraten des Wahlkreises Hannover den Wunsch haben, Koske zum Reichstag aufzustellen. Es ist uns bisher nicht bekannt geworden, daß er grundsätzlich abgelehnt hätte.“

Als zusammengefaßt: erstens, niemand denkt an eine Kandidatur Koskes; zweitens, er selbst hat sie aufgestellt, und drittens, im Wahlkreis Hannover agitierten unbekannte Kräfte für die Kandidatur Koskes.

Wer ist eigentlich dieser geheime Unbekannte, der Koske aufs Schild gehoben hat? Da man doch nicht annehmen kann, daß Koske von den Kommunisten für die Sozialdemokratie kandidiert wurde, muß es irgend jemand in den Reihen der SPD sein. Vielleicht ist es doch ja, daß die Herren Wels und Müller ihr neidisches Spiel mit den sozialdemokratischen Arbeitern treiben. Vielleicht ist es nämlich, um dieses Schäferspiel zu durchschauen, auf das Jahr 1924 zurückzublickt, wo bereits einmal die Reichstagskandidatur Koskes wochenlang diskutiert wurde, um von den sozialdemokratischen Arbeitern zum Trampf gejagt zu werden. Wie war damals die Rolle des sozialdemokratischen Parteivorstandes? Darüber schreibt die Leipziger Volkszeitung: „Wir schon aus der obigen Darstellung zu ersehen ist, was es 1924 der Parteivorstand, der unter dem Druke der Parteimeinung die Kandidatur Koskes verhinderte.“

Die Chemnitzer Volksstimme hingegen weiß darüber das genaue Gegenteil zu berichten. Sie schreibt am selben Tage: „Besonders kläglich ist sein (Koskes) Heroinfall im Jahre 1924 gewesen, als er in einem hannoverschen Unterbezirk seine Kandidatur durchgesetzt hatte und dann auf dem später folgenden hannoverschen Parteitag eine glatte Niederlage erlitt. ... Der Parteivorstand lehnte Koske ab, und der von Koske angegriffene Parteivorstand trat im Reichswehrverfahren der Entscheidung des Parteiparteitages bei.“

Kann man annehmen, daß Koske keine Kandidatur gegen den Willen des Parteivorstandes angemeldet hat? Jeder, der nur eine Ahnung von den herlichen politischen und persönlichen Beziehungen zwischen Wels, Müller und Koske hat, kann über eine solche Frage nur lächeln. Und genau so verhält es sich jetzt. Der Parteivorstand hat Koske ermächtigt, für seine Kandidatur zu werden, sie unter Berufung auf die Autorität der sozialdemokratischen Führung durchzuführen, um so dann die Partei unter Berufung auf den Beschluß des betreffenden Wahlkreises vor

eine fertige Tatlache zu stellen. Nur tropfenweise erfährt die Öffentlichkeit die Veröffentlichung des sozialdemokratischen Pressedienstes, denn der kleine Teil der sozialdemokratischen Zeitungen druckt diese nur auszugsweise ab und bezieht gewissermaßen in verschiedenen Auszügen. So zitiert die Rheinische Zeitung aus dem sozialdemokratischen Pressedienst: „Schließlich aber wird die gemeinste Hege die sozialdemokratische Partei nicht abhalten das zu tun, was sie für richtig hält. Die Sozialdemokratie hat nie daran gedacht, sich von den Sowjetbeamten in Deutschland ihre Taktik vorzuschreiben zu lassen, und das wird auch in Zukunft so bleiben.“ Wer nach danach zu zweifeln vorgibt, daß der sozialdemokratische Parteivorstand mit allen Kräften für die Kandidatur Koske arbeitet, ist ein bewußter Verräter.

Und nun noch eine Frage: die Stellungnahme der sozialdemokratischen Presse, soweit sie bisher bekannt wurde, zur Kandidatur Koske. Und wiederum wiederholt sich daselbe Spiel: keiner weiß etwas vom anderen, und alle wahren ihre Hände in Unschuld.

Die Leipziger Volkszeitung: „Bleibst reicht auch die Geographie der SAJ-Kolonne noch dazu aus, um zu erkennen, daß der Wahlkreis Wels-Ems von Leipzig wenigstens ein Duzend D-Zug-Stunden entfernt gelegen ist. ... Aus diesem Grunde vermögen die Leipziger „Linken“ zu der Frage gar nicht Stellung zu nehmen.“

Die Chemnitzer Volksstimme hingegen meint: „Seine Kandidatur ist ja nicht nur irgendeine örtliche Angelegenheit, sondern eine Sache der Gesamtpartei.“

Das Hamburger Echo hebt den Kopf völlig in den Sand: „Ja, es ist wirklich schrecklich. Wir wissen nichts von einer Koske-Kandidatur und verschweigen es noch ebendrin!“

Offen und klar spricht die Rheinische Zeitung: „Wir fügen dem (der von uns zitierten Mitteilung des Pressedienstes — d. R.) hinzu, daß wir die Rückkehr Koskes in den Reichstag befrüchten würden.“ Das ist die Stimme des Parteivorstandes.

Ebenso charakteristisch wie dieses Chaos in der SPD-Press sind die Angriffe auf die kommunistische Partei, weil sie das Scheitern der Koske-Kandidatur gestiftet hat. Den Nagel schließt die Chemnitzer Volksstimme ab. Sie macht die Kommunisten dafür verantwortlich, wenn die Kandidatur Koskes zur Tatlache werden würde! Diese Halunken entbilden sich nicht, zu schreiben: „Sie (die Kommunisten) verfolgen ja nur den Zweck, durch ein dauerndes Geistes die Angelegenheit zu einer Preßfrage zu machen und so die Situation Koskes zu härten. Sie hoffen, daß eines Tages ein Teil unserer Partei erfahren würde, daß nun, nachdem die Kommunisten aus der Sache eine Maßfrage gemacht hätten, die an sich bedauerliche Kandidatur Koskes nicht mehr zurückgegeben werden könne. Das ist der Sinn ihrer Methode.“ Es ist überflüssig, gegen eine solche Lumperei zu polemisieren. Denn jeder versteht, daß, wenn nicht die kommunistische Partei den Koske-Stand an die große Glocke gehängt hätte, Koske unter stillschweigendem Protest der „linken“ Verräter keine Reichstagskandidatur durchgesetzt hätte.

Das andere „linke“ Organ, die Leipziger Volkszeitung, entbildet sich nicht, folgendes zu schreiben: „Sie (die Kommunisten) wehren sich gegen die Reichstagskandidatur Koskes, der an dem Niederbruch der revolutionären Welle entscheidenden Anteil hatte. Aber noch ist nicht bekannt, ob die Kommunisten nicht ihre „Niederlagenstrategen“ von 1923, die Brandler, Fröhlich und Meyer, an die Spitze ihrer Liste stellen müssen.“ Einem solchen Vergleiches sind nur solche gejunungslose Lumpen fähig, wie die Saupie und Liebmann. Sie und ihr Parteigenosse Koske sind noch nicht wert, unseren Genossen Brandler, Fröhlich und Meyer, die jahrzehntelang ihre ganze Kraft der revolutionären Bewegung des deutschen Proletariats gegeben haben, die Schulriemen zu lösen! Auf die anderen „Argumente“ der Leipziger Volkszeitung, die rein idiotischen Charakter tragen, braucht man nicht einzugehen.

Die Rheinische Zeitung, die ihre Kampagne im Auftrage des Parteivorstandes führt, beginnt die Ehrenrettungsaktion für Koske. Sie schreibt: „Er (Koske) hat durch die Niederhaltung der Anarchie mehr für die deutschen Arbeiter getan, als je die Kommunisten werden zerstören können. Der Tod Liebmanns und Rosa Luxemburgs ist nicht seine Schuld. Ueber diese Tragödie zu jammern, haben die Kommunisten am wenigsten Veranlassung.“

Diese Koske-Diskussion ist ein beredtes Spiegelbild sowohl für die Stimmung der sozialdemokratischen Arbeiter, als den Kurs des Parteivorstandes und die erbarmliche Verlogenheit der „linken“ Phrasenhelven. Der Parteivorstand weiß, was er will. Revolutionäre Bewegungen stehen bevor. Der Krieg gegen die Sowjetunion wird vorbereitet. Warum denn Koske-Kurs ohne Koske? Und wenn Koske Mitglied der sozialdemokratischen Partei ist, warum soll er nicht sozialdemokratischer Abgeordneter sein? So fragen Wels, Müller und Scheidemann. Das ist der Sinn des Koske-Standats. Und wenn die sozialdemokratischen Arbeitermassen sich begnügen werden, die Reichstagskandidatur Koskes zu verhindern, anstatt ihn ganz aus der Partei herauszufeuern, wenn sie nicht die politischen Fragen stellen, die durch die Koske-Diskussion aufgerollt sind — dann werden in Monaten oder Jahren wiederum Tausende ihrer Klafenzgenossen, aber auch ihrer Parteianghörigen, wie in den Jahren 1918 und 1919, die Schuld führen müssen, die jene auf sich nehmen, die nicht bereits jetzt den Kampf gegen den Koske-Kurs bis zu seiner letzten Konsequenz führen.

Rußland hilft den politischen Gefangenen Polens

Moskau, 4. Januar. Heute trafen in Kolosowo, an der polnisch-sowjetischen Grenze, 9 polnische und weißrussische politische Gefangene ein, die gegen eine Anzahl in der Sowjetunion verurteilter polnischer Staatsbürger ausgetauscht wurden. Unter den Ausgetauschten befinden sich Gschelischka, Mitglied des ZK der KPW, und die führenden weißrussischen Kommunisten Dschewitsch, Mertens und Tscherniak. Sie wurden in Kolosowo durch Vertreter der kommunistischen Partei, der Gewerkschaften und der KPS feierlich begrüßt.

Kampf bis zum letzten Blutstropfen

Moskau, 4. Januar. Genosse Languet richtete aus dem Warschauer Gefängnis der Sowjetunion einen Brief, in dem er für die Auszeichnung der Sowjetunion von den Fallsen der imperialistischen Kriegsvorbereitungen. Wir werden jedoch das sozialistische Vaterland zum letzten Blutstropfen verteidigen und unter der Führung des vom Genosse Lenin befehlten kommunistischen Internationale unsere Ideen in der ganzen Welt zum Siege führen.